

2 6 Seiten

**Ausschuß für Kommunalpolitik**

**Protokoll**

35. Sitzung (nicht öffentlich)

29. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grevener (SPD) (amtierend)

Stenographin: Zinner

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde zu dem Thema**

**Verwendung der 17,5 Millionen DM in den Gemeinden, die Minister Schnoor für die Förderung des friedlichen Zusammenlebens der deutschen und ausländischen Bürger und Bürgerinnen NRW bewilligt hat**

Auf Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

1

MD Held (IM) beantwortet Fragen der Abgeordneten Höhn (GRÜNE).

**2 Rationelle Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)**Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/5638

2

Diskussion mit MR Dr.-Ing. Schwarz (MWMT).

Dem Antrag wird gegen die Stimme der Vertreterin der  
GRÜNEN zugestimmt.**3 Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Asylbewerber-  
leistungsgesetzes**

Vorlage 11/2264

4

Diskussion mit Staatssekretär Riotte.

Der Ausschuß nimmt die Verordnung zustimmend zur Kenntnis.

**4 Gesetz über die Bereitstellung, den Betrieb und die Finanzierung des  
öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen  
(ÖPNV-Gesetz NW)**Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/5155

-

Der Ausschuß einigt sich darauf, die Beratung über diesen Punkt  
zu vertagen, da seitens des Bundes noch keine Klarheit über die  
Finanzen besteht.

- kein Diskussionsprotokoll -

**5 Gesetz über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt (Umweltinformations- und Akteneinsichtsrechtsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen - UAG NW)**Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/5387

7

Auf Bitte des Abgeordneten Leifert (CDU) soll dem Ausschuß die entsprechende EG-Richtlinie zugestellt werden.

Der Ausschuß kommt überein, in der nächsten Sitzung über die kommunalpolitisch relevanten Aspekte des Gesetzentwurfs zu beraten.

**6 Abwasserbehandlung in Kleinkläranlagen**Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/5543

8

Diskussion mit MR Dr. Treunert (MURL).

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und des Vertreters der F.D.P. bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

**7 Plätze für Kinder unter drei Jahren und Hortplätze aus Mitteln des Ausbauprogramms finanzieren**Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/5594

12

Diskussion mit MR Breusch (MAGS).

Auf Bitte der Abgeordneten Höhn (GRÜNE) soll der Antrag in der nächsten Sitzung erneut behandelt werden.

**8 Alle öffentlichen Grundschulen werden Gemeinschaftsgrundschulen - Konfessionsschulen nur in freier Trägerschaft**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/5626

Da der federführende Schulausschuß eine Anhörung zu diesem Thema beabsichtigt, wird die Behandlung des Antrags zurückgestellt.

Auf Bitte der Abgeordneten Höhn (GRÜNE) sollen zu der Anhörung die kommunalen Spitzenverbände hinzugezogen werden.

**9 Gemäß Gemeindeordnung sind die Haushalte der Gemeinden auszugleichen. Wie lösen die Gemeinden den Konflikt, wenn gesetzliche Verpflichtungen sie zu Ausgaben zwingen?**

Auf Antrag des Abgeordneten Ruppert (F.D.P.) in der 34. Ausschusssitzung

15

Diskussion mit StS Riotte und MD Held (IM).

**10 Behandlung der Abwasser- und Abfallentsorgung als gewerbliche Tätigkeiten der Gemeinden**

Auf Antrag des Abgeordneten Wilmbusse (SPD)

22

Bericht des LMR Kruppa (IM).

## **11 Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4983

in Verbindung damit

**Erstes Gesetz zur Verbesserung von Rahmenbedingungen, Inhalten und Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen (Erstes Selbstverwaltungsentwicklungsgesetz - 1. SEG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/2741

und

**Gesetz zur Erweiterung des Bürgerantrags in der Gemeindeordnung**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/2083

und

**Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (Gesetz zur Akteneinsicht durch Stadtverordnete und Bezirksvertreter und Bezirksvertreterinnen)**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/3010

und

**Ersatz von Kinderbetreuungskosten von Inhabern und Inhaberinnen kommunaler Ehrenämter**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/2774

und

**Gleichstellungsstellen in der novellierten Gemeindeordnung  
absichern!**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/2082

und

**Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4930

sowie

**Gesetz zur Einführung des kommunalen Volksentscheids**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1562

23

Der Ausschuß kommt überein, sich mit dem gesamten Komplex  
erneut en détail zu befassen, sobald die Beratung über das  
GFG 1994 abgeschlossen ist. Es besteht Einigkeit, daß die Ände-  
rungsanträge der Fraktionen möglichst frühzeitig ausgetauscht  
werden.

Nächste Sitzung: 20. Oktober 1993

\* \* \*

Finanzen" und "Kommunale Wirtschaft" stünden ihnen ebenso wie die ostdeutschen Länder negativ gegenüber. Es sei davon auszugehen, daß eine Mehrwertsteuerpflicht nicht eingeführt werde. Sie würde in Nordrhein-Westfalen im übrigen 750 Millionen DM, aber auch Gebührensteigerungen mit sich bringen.

## 11 **Gesetz zur Änderung der Kommunalverfassung**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4983

in Verbindung damit

**Erstes Gesetz zur Verbesserung von Rahmenbedingungen, Inhalten und Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen (Erstes Selbstverwaltungsentwicklungsgesetz - 1. SEG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/2741

und

**Gesetz zur Erweiterung des Bürgerantrags in der Gemeindeordnung**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/2083

und

**Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung (Gesetz zur Akteneinsicht durch Stadtverordnete und Bezirksvertreter und Bezirksvertreterinnen)**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/3010

und

Ausschuß für Kommunalpolitik  
35. Sitzung

29.09.1993  
zi-mj

**Ersatz von Kinderbetreuungskosten von Inhabern und Inhaberinnen kommunaler Ehrenämter**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/2774

und

**Gleichstellungsstellen in der novellierten Gemeindeordnung absichern!**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/2082

und

**Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4930

sowie

**Gesetz zur Einführung des kommunalen Volksentscheids**

Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1562

**Abgeordneter Leifert (CDU)** schlägt, nachdem sich die SPD in Sachen Abschaffung der Doppelspitze mittlerweile bewegt habe, vor, die Beratung über die noch unbehandelten Aspekte der Gemeindeordnung - Urwahl, Doppelspitze und Gemeindeaus-schuß - zu vertagen, bis ein Beschluß des SPD-Landesvorstands gefaßt worden sei.

**Abgeordneter Wilmbusse (SPD)** sagt, er vermute, Dr. Twenhöven habe das Thema auf die Tagesordnung genommen, da die CDU-Fraktion es heute zum Abschluß bringen wolle. Die SPD-Fraktion sei mit der Diskussion intern fertig und im Bewußtsein ihrer Aufgabe und Pflicht bereit, über alle Detailfragen heute abzustimmen, wenn dies so vorgesehen sei.



Ausschuß für Kommunalpolitik  
35. Sitzung

29.09.1993  
zi-mj

Er habe den von CDU und F.D.P. zum Volksbegehren über die Gemeindeordnung vorgelegten Gesetzentwurf mit großem Interesse gelesen. Falls die abschließende Behandlung im Ausschuß aufgrund des Volksbegehrens vertagt werden solle, habe er dafür Verständnis. Nicht ganz verstanden habe er, weshalb es nicht schon vor eineinhalb Jahren gestartet worden sei.

Es sei zutreffend, daß innerhalb der SPD wegen der Stellung des Bürgermeisters noch Überlegungen angestellt würden. Der SPD-Landesvorsitzende habe auf dem letzten Parteitag dazu unter anderem geäußert, daß darüber möglicherweise schon Anfang Dezember, spätestens aber am 5. Februar 1994 auf einem Sonderparteitag noch einmal beraten werde.

Vernünftigerweise schlage er vor, über die gesamte Gemeindeordnung im Januar oder Anfang Februar 1994 im Ausschuß zu beschließen.

**Abgeordneter Ruppert (F.D.P.)** hält Herrn Wilmbusse entgegen, nicht wegen des Volksbegehrens sollte heute nicht beschlossen werden, sondern weil der SPD-Fraktionsvorsitzende gestern der Presse erklärt habe, in der Fraktion beginne jetzt das Nachdenken über die Gemeindeordnung. Hierfür sollte ihr auch Zeit gegeben werden. Deshalb erwiesen die Oppositionsfraktionen der SPD-Fraktion eher einen Gefallen, wenn sie sich dafür aussprächen, heute nicht zu entscheiden, insbesondere nicht über die Kernpunkte, um die die Gemeindeordnung sinnvollerweise systematisch aufgebaut werden müsse.

Es spräche aber nichts dagegen, diejenigen Fragen der Gemeindeordnung, die zu Doppelspitze und Urwahl keinen unmittelbaren Bezug hätten und für die sich vernünftige Mehrheiten abzeichneten, schon abzarbeiten.

**Abgeordneter Leifert (CDU)** äußert, da der Parteitagsbeschluß von Hagen nur mit knapper Mehrheit zustande gekommen sei, habe die CDU-Fraktion immer auf das "Prinzip Hoffnung" gesetzt. Nunmehr scheine sich die SPD von dem Beschluß zu entfernen, dies bisher aber nur mit Worten, nicht mit Beschlüssen.

Der Ausschuß hätte in der heutigen Sitzung die noch offenen Themen Urwahl, Doppelspitze und Gemeindeausschuß andiskutieren können. Da er, Leifert, aber öffentlich und im Plenum gebeten worden sei, den Diskussionsprozeß nicht zu stören, und da nach Ansicht des Innenministers eine Gemeindeordnung zustande kommen solle, die von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen werde, erneuere er

Ausschuß für Kommunalpolitik  
35. Sitzung

29.09.1993  
zi-mj

sein Angebot, die Beratung zu vertagen. Im übrigen erinnere er daran, daß die Fraktionen übereingekommen seien, vor der Abstimmung über den Gesamtkomplex ihre Änderungsanträge auszutauschen. Würde heute dennoch beschlossen, trüge dies sicher dazu bei, daß das Volksbegehren mehr "Drive" erhalte.

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** spricht sich dafür aus, über die Punkte der Gemeindeordnung, über die nicht hauptsächlich diskutiert werde, an denen der Ausschuß aber schon konstruktiv gearbeitet habe, in einer der nächsten Sitzungen erneut zu beraten. Diese seien für die Gemeinden zum Teil von größerer Bedeutung, und der Ausschuß signalisierte damit, daß sie ihm auch wichtig seien.

**Abgeordneter Wilmbusse (SPD)** hält Herrn Ruppert entgegen, er teile dessen Ansicht, daß Urwahl und Doppelspitze die Kernpunkte seien, grundsätzlich nicht. Diese drängten die wichtigen anderen Themen in den Hintergrund, und dies sollte der Ausschuß nicht zulassen. Der Ausschuß habe in seiner Klausurtagung in manchen Punkten konstruktiv gearbeitet; die von den Oppositionsfraktionen veröffentlichten Pressemitteilungen hätten jedoch das Gegenteil widerspiegelt. Er, Wilmbusse, halte dies für bemerkenswert und meine, dies stimme nicht gerade hoffnungsfroh, daß die Beratungen konstruktiv fortgesetzt würden.

Wie Frau Höhn schlage er vor, die Gemeindeordnung Punkt für Punkt abzarbeiten und die Änderungsanträge auszutauschen, sobald der Ausschuß mit dem GFG 1994 fertig sei.

**Abgeordneter Leifert (CDU)** kommt auf den Umstand zurück, daß der Komplex Gemeindeordnung auf die Tagesordnung genommen worden sei, und führt als Begründung an, daß in der Klausurtagung vereinbart worden sei, die Diskussion über die offenstehenden Fragen nach dem SPD-Landesparteitag im Ausschuß fortzusetzen.

Die Fraktionen sollten weit vor Weihnachten ihre Änderungsanträge austauschen, damit sich die Sprecher bei umstrittenen Details abstimmen könnten und im Ausschuß anschließend in möglichst vielen Aspekten Einigkeit erzielt werden könne. Im übrigen erklärt er sich mit dem Vorschlag des Herrn Wilmbusse einverstanden.

gez. Grevener  
Vorsitzender

18.10.1993 / 20.10.1993

430